Pressemitteilung vom 29.11.2026

von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herrieden und Umgebung

Aus für Stadtrat-TV – Herrieder GRÜNE kritisieren Rückschritt bei Transparenz und Bürgerbeteiligung

Mit großem Bedauern nimmt die grüne Stadtratsfraktion die Entscheidung des Herrieder Stadtrates vom 25. November 2026 zur Einstellung des Stadtrat-TV zur Kenntnis. Mit den Videoaufzeichnungen der Stadtratssitzungen wurde in den vergangenen Jahren ein Informationsangebot geschaffen, das von der Herrieder Bevölkerung sehr gut angenommen wurde. Für die Herrieder Grünen ist nicht nur die Entscheidung selbst, sondern insbesondere auch die Art und Weise ihres Zustandekommens nicht nachvollziehbar.

Großes Interesse an der Stadtratsarbeit als Bereicherung

Seit der Einführung im Jahr 2020 nutzen viele Bürgerinnen und Bürger das Stadtrat-TV, um sich regelmäßig über die politische Arbeit in Herrieden zu informieren. 10.732 Aufrufen pro Jahr und damit durchschnittlich ca. 900 Aufrufen pro Stadtratssitzung spiegeln das Interesse der Bevölkerung wider. „Es ist doch etwas sehr Erfreuliches, dass sich so viele Menschen in Herrieden für die Arbeit des Stadtrates und die Entwicklung ihrer Stadt und Ortsteile interessieren. Dieses Interesse an der Stadtratsarbeit ist nicht selbstverständlich und eine große Bereicherung für die Kommunalpolitik“, betont Fraktionsvorsitzende Franziska Wurzinger.

„Nicht allen Bürgerinnen und Bürgern ist es aus beruflichen, familiären oder gesundheitlichen Gründen möglich, persönlich an den Stadtratssitzungen teilzunehmen“, ergänzt Sophia Göppel-Kraft. „Das Stadtrat-TV gewährleistet echte Barrierefreiheit und bietet ein niederschwelliges Angebot der politischen Teilnahme“. Auch die Veröffentlichung der Beschlüsse im Amtsblatt kann die Möglichkeit, eine Diskussion mit ihren unterschiedlichen Sachargumenten und das Zustandekommen von Entscheidungen zu verfolgen, nicht ersetzen. Für die Herrieder Grünen sollte es ein gemeinsames Anliegen aller Fraktionen sein, den Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu kommunalpolitischen Informationen möglichst einfach zu machen.

Einsparpotentiale nutzen, statt erfolgreiche Angebote abzuschaffen

Angesichts der angespannten Haushaltslage der Stadt Herrieden besteht auch seitens der grünen Stadtratsfraktion die Bereitschaft, die im Haushalt veranschlagte Summe von ca. 14.500 Euro für das Stadtrat-TV auf den Prüfstand zu stellen. Für die Herrieder Grünen stellt sich jedoch nicht ausschließlich die Frage, ob das bisherige Angebot in seiner bestehenden Form fortgeführt werden kann, sondern vielmehr, wie es zukünftig kostengünstiger gestaltet werden könnte.

„Mit der Anschaffung eigener Aufzeichnungstechnik und einer Umsetzung in Eigenregie könnten sich durchaus Möglichkeiten ergeben, die laufenden Kosten deutlich zu reduzieren. Wir brauchen keine aufwendige Filmproduktion, was ausdrücklich nicht als Kritik am bisherigen Dienstleister verstanden werden soll“, erläutert Jakob Hörauf. „Entscheidend ist für uns, dass die Bürgerinnen und Bürger die Diskussionen im Stadtrat weiterhin verfolgen können. Dafür nehmen wir gerne auch Abstriche bei der Produktionsqualität in Kauf.“

Die Herrieder Grünen hätten sich gewünscht, dass mögliche Alternativen ergebnisoffen diskutiert und hinsichtlich ihrer Wirtschaftlichkeit bewertet werden, anstatt das etablierte Informationsangebot sofort komplett einzustellen.

Weniger Öffentlichkeit – beschlossen unter Ausschluss der Öffentlichkeit

Besonders befremdlich ist für die grüne Stadtratsfraktion, dass ausgerechnet über die Abschaffung eines Instruments der politischen Transparenz unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten und entschieden wurde.

Während die Kündigung eines Vertrages mit einem Dienstleister Gegenstand einer nichtöffentlichen Beratung sein kann, handelt es sich bei der grundsätzlichen Entscheidung über die Aufzeichnung von Stadtratssitzungen um eine Angelegenheit von öffentlichem Interesse, die in der Geschäftsordnung des Stadtrates geregelt ist. Sowohl die Einführung des Stadtrat-TV als auch dessen spätere Evaluierung und Fortführung wurden in öffentlicher Sitzung beraten und beschlossen. Weshalb dies bei der Abschaffung des Angebotes nicht mehr möglich sein soll, erschließt sich den Herrieder Grünen nicht.

„Wir halten es für ein grundsätzliches Problem, wenn die Geschäftsordnung unserer Stadtratsarbeit hinter verschlossenen Türen geändert werden. Gerade bei einer Entscheidung, die den Informationszugang der Bürgerinnen und Bürger unmittelbar betrifft, sollte eine öffentliche Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Sachargumenten selbstverständlich sein“, unterstreicht Matthias Rank.

Auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten wirft die Verknüpfung der Vertragskündigung mit der sofortigen Änderung der Geschäftsordnung Fragen auf. Sollte die Stadt während der Kündigungsfrist weiterhin zur Vergütung des Dienstleisters verpflichtet sein, würden ausgerechnet im Zuge einer Sparmaßnahme Leistungen bezahlt werden, die der Bevölkerung nicht mehr zugutekommen.

Transparenz als Grundlage einer lebendigen Demokratie

Die Herrieder Grünen sehen in der Entscheidung auch ein grundsätzlich unterschiedliches Verständnis vom Stellenwert politischer Transparenz. Während auf Bundesebene im Zuge der geplanten Reform des Informationsfreiheitsgesetzes über Einschränkungen des Zugangs zu Informationen diskutiert wird, wird nun auch in Herrieden ein etabliertes Informationsangebot für die Bevölkerung aufgegeben.

Für die Grünen geht die Entwicklung in die falsche Richtung. „Ziel politischen Handelns sollte es sein, den Zugang zu Informationen zu erleichtern, anstatt bestehende Möglichkeiten einzuschränken.“, erklärt die grüne Stadtratsfraktion. „Gerade bei kontroversen Entscheidungen ist es wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehen können, welche Sachargumente und Überlegungen einer Entscheidung zugrunde liegen.“

Kontakt: Franziska Wurzinger und Matthias Rank

herrieden.fraktion@gruene-ansbach.de